

Gemeinwesenarbeit und Flucht

**Vom Flüchtling zum/zur
Mitbürger*in**

Tagungsdokumentation

**13. Netzwerk-Treffen
am 1. Juli 2016**

Evangelische Hochschule Freiburg

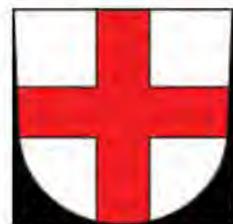
In Kooperation mit:

**EVANGELISCHE
HOCHSCHULE
FREIBURG**



FrAG

Freiburger
Arbeitsgemeinschaft
Gemeinwesenarbeit



Gefördert durch:
Staatsministerium Baden-Württemberg



DHBW

Duale Hochschule
Baden-Württemberg
Villingen-Schwenningen



Baden-Württemberg

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
Baden-Württemberg e.V.

Redaktion:

Albrecht Keller, Stuttgart
Carsten Noack, Heidelberg
Dieter Gohl, Bruchsal
Gerald Lackenberger, Freiburg
Gabi Silberborth, Pforzheim
Jörg Ackermann, Mannheim
Margit Sigel, Sindelfingen
Rainer Zingler, Mannheim

Bildnachweise:

Gerald Lackenberger, Freiburg

Kontaktadresse:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit

Gerhard Lackenberger
Nachbarschaftswerk e.V.
Stadteilbüro Haslach
Quartiersmanagement
Melanchtonweg 9b
79115 Freiburg
Tel: 0761 7679005
E-Mail: gerald.lackenberger@nachbarschaftswerk.de

Gabi Silberborth
AWO Nordschwarzwald
Familienzentrum Ost
Zeppelinstraße 20
75175 Pforzheim
Tel: 07231 1545600
E-Mail: awo-fzost-silberborth@t-online.de

www.lag-sozialestadtentwicklung-bw.de



Inhaltsverzeichnis

Gerald Lackenberger Begrüßung.....	4
Hannes Wezel Integration als Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft.....	6
Prof. Dr. Michael Krummacher Quartiersarbeit, der Schlüssel für die Integration der Geflüchteten?.....	14
Bahar Sanli Eine gemeinsame Einwanderungsgesellschaft beginnt mit einer inklusiven Nachbarschaft.....	24
Prof. Dr. Sabine Allwin Workshop 1: Reflexionsanforderungen an professionelle Akteure im Kontext Rassismus am Beispiel des Antiziganismus	ohne Dokumentation
Dr. Iris Sardarabady Workshop 2: Zusammenleben und Miteinander in der Stadtgesellschaft unter den Vorzeichen der Flüchtlingsthematik—Chancen und Probleme	28
Bahar Sanli Workshop 3: Erfahrungen gelungener Inklusion von Migrantinnen...ohne Dokumentation	
Daphne Hadjiandreou-Boll Workshop 4: Kommunale Organisation und Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit	32
Prof. Dr. Anja Teubert Workshop 5: Gemeinsam aktiv: GWA als Konzept für ein gelingendes Zusammenleben von geflüchteten und einheimischen Menschen...ohne Dokumentation	
Daniela Mauch Workshop 6: Selbstorganisation ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit...ohne Dokumentation	
Teilnehmerliste.....	40
Profil der LAG.....	48
Beitrittserklärung zur LAG.....	52

Grußwort

Gerald Lackenberger

Vorsitzender der LAG

Sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Kollegen und Kolleginnen,

.Sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Kollegen und Kolleginnen,

die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit ist eine interprofessionelle und überprofessionelle Organisation in der nicht nur Sozialarbeiter/innen, Gemeinwesenarbeiter/innen oder nur Planer, Planerinnen zusammensitzen, sondern bei uns sind im Prinzip alle erdenklichen Disziplinen vertreten.

Das macht auf der einen Seite einen gewissen Reiz aus, auf der anderen Seite ist es aber auch eine gewisse Schwierigkeit. Gerade wenn es um das Thema Gemeinwesenarbeit geht, wissen nicht immer alle, und das ist auch meine tägliche Erfahrung draußen im Feld, in den Quartieren und im Stadtteil wo ich tätig bin, was denn Gemeinwesenarbeit ist. Ich habe mir überlegt, muss ich hier heute einen Vortrag halten über „Gemeinwesenarbeit - Was ist das denn?“.

Nein eigentlich nicht. Aber ein paar Punkte möchte ich dann schon anreißen, um einfach eine gemeinsame Verständigungsbasis herzustellen.

Gemeinwesenarbeit, so wie sie in Deutschland verstanden wird, findet hauptsächlich in Stadtteilen und Quartieren mit dem sogenannten besonderen Entwicklungsbedarf statt. In diesen Gebieten gibt es besonders viel Armutsbevölkerung, ein hoher Migrantenanteil, eine hohe Arbeitslosigkeit, oftmals gepaart mit baulichen und infrastrukturellen Missständen.

Oder was glücklicherweise jetzt hinzugekommen ist, dass in Neubaustadteilen von vornherein Gemeinwesenarbeit mit installiert wird um die Nachbarschaften die sich bilden zu unterstützen, dass es eine Identifizierung auch mit dem Stadtteil und dem Quartier gibt.

Hier hat die Gemeinwesenarbeit ganz klar den Auftrag aus ihrer Fachlichkeit heraus die Bewohnerschaft dabei zu unterstützen, ihre eigenen Interessen und ihren eigenen Bedarfe zu erkennen, zu formulieren und sie auf Augenhöhe in den kommunalen Entscheidungsprozess mit einzubinden.

Die Kunst der Gemeinwesenarbeit ist es der Bewohnerschaft, gerade in benachteiligten Stadtteilen, Unterstützungsarbeit zu leisten. Die Verwaltung weiß wie sie sich organisiert, die Politik ist Organisation parse organisiert. Die Bewohnerschaft weiß in der Regel nicht wie das geht, wie man das macht und da ist Gemeinwesenarbeit dann von Nöten, um dort Unterstützungsarbeit zu leisten.

Die Gemeinwesenarbeit motiviert, aktiviert und unterstützt die Bewohnerschaft.



Wenn es gelingt die Bewohnerschaft in Beteiligungsprozessen auch auf Augenhöhe mit einzubringen, dann hat dies positive Folgen. Menschen die über Jahre hinweg die Erfahrung gemacht haben, „die da oben, die machen ja eh was sie wollen, ich brauch mich da nicht anstrengen, ich schau dass ich meinen Alltag geregelt bekomme“, die Erfahrung machen können, wenn man sich zusammen tut mit anderen, wenn man gemeinsam Interessen formuliert, wenn man sich gemeinsam für eine Sache, für ein Anliegen stark macht und dann auch etwas erreichen kann, dann stärkt das die Menschen. Und zwar nicht nur in der Gruppe, sondern auch letztendlich persönlich.

Das heißt dann nämlich, dass sich die Menschen wieder ihres Alltags und ihrer Lebensumwelt bemächtigen. Das ist also der Empowerment-Prozess, der da als fachlicher Standard der Gemeinwesenarbeit zu Grunde liegt.

Aber notwendig ist, und das erleben wir leider auch als LAG wenn wir Rückmeldung aus einzelnen Kommunen bekommen, dass Beteiligungsprozesse gerade auf kommunaler Ebene auch ernst gemeint sind.

Beteiligung ist ein Wort, das führen heute alle im Munde. Ich sage immer Beteiligung hat ein Spektrum das geht von da nach da, für die einen ist Beteiligung wenn man informiert und für die anderen ist Beteiligung dann, wenn die betroffenen Menschen sozusagen auch Entscheidungsmacht haben, und da zwischen drin gibt es ganz viele Spielarten und Varianten.

Gemeinwesenarbeit, und das vielleicht auch nochmal weil es auch innerhalb der sozialen Arbeit nicht so ganz klar ist, wird ja in den Hochschulen oft noch und leider auch heute noch, sozusagen als dritte Methode neben Einzelfall und Gruppenarbeit gelehrt.

Ich stelle das sehr in Frage. Ich denke, Gemeinwesenarbeit ist eigentlich ein eigener Arbeits- und Handlungsansatz in der sozialen Arbeit. Man kann das Eine nicht neben das Andere stellen, das ist vom Denken her, vom Rangehen ganz anders. Frau Petzold-Schick hat es ja schon gesagt, Gemeinwesenarbeit ist ja letztendlich auch Präventionsarbeit mit dem Ziel sozialen Frieden zu sichern, oder gegebenenfalls auch wieder herzustellen.

Gemeinwesenarbeit hilft und unterstützt die Menschen dabei das Zusammenleben zu verbessern.

So das war es jetzt eigentlich auch schon von meiner Seite ich wollte jetzt gar nicht so sehr in die Vorlage gehen, ich bin sehr gespannt auf die Vorträge, was wir da jetzt zu hören bekommen und im Anschluss dann auch vor allem auf die Podiumsdiskussion. Ich wünsche ihnen viel Input und dass sie mit mehr nach Hause gehen als sie hergekommen sind.

**Integration als Gemeinschaftsaufgabe von
Land, Kommunen und Zivilgesellschaft**

Hannes Wezel

Mitarbeiter der Staatsrätin für Zivilgesellschaft
und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Ba-
den-Württemberg



Gemeinwesenarbeit und Flucht

Integration als Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft

Hannes Wezel, Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und
Bürgerbeteiligung



Baden-Württemberg



2

Begrüßung:

- Lieber Gerald Lackenberger, liebe Kolleginnen und Kollegen
- Herzlichen Dank für die Einladung, war ja schon mal dabei und bin nach wie vor ein großer Fan von GWA und eurer Arbeit.
- Vom Jugendhaus, Ich habe selbst 20 Jahre in der Stadt Nürtingen das BE organisiert, und auch schon in der Flüchtlingsarbeit gearbeitet, weiß also schon, wie es an der Basis läuft und will Ihnen heute nichts überstülpen sondern sie informieren.
- Referent beim Städtetag...
- Seit 2011 bin ich Referent bei der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, von der ich Sie sehr herzlich grüßen soll.



Kommunaler Flüchtlingsdialog
Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

3

Was ist und was macht eine Staatsrätin

- Gibt es nur in BW, ist ehrenamtlich, hat Sitz und Stimme im Kabinett: Aktiv bei den KoA Verhandlungen dabei
- Regierungserklärung: Bündelung der Themen und Aktivitäten im Bereich BüBe und Zivilgesellschaft
- Ressortübergreifend und koordinierend über Kabinettsausschuss
- Beratung anderer Ressorts
- Eigene Projekte: Leitfaden für Infrastrukturprojekte, Allianz für Beteiligung, Studien, Kongresse, Beteiligungsportal, Direkte Demokratie.



Kommunaler Flüchtlingsdialog
Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Lokale Bündnisse, Qualifizierung, Dialoge

- Frau SRin ist Mitinitiatorin der lokalen Bündnisse zusammen mit dem SM.
- Erste Welle 68, zweite Antragswelle 54
- Netzwerktagung in Fellbach gab guten Überblick über die bunte Vielfalt
- Genauso erfreulich ist die große Nachfrage nach den Qualifizierungsangeboten bei der Landeszentrale. Sie steigt permanent und verteilt sich auch sehr gleichmäßig in alle 4 RPs
- Wir haben 80.000 Willkommens – Handbücher verteilt und haben 2500 Newsletter Abonnenten
- Seit Januar hat die Staatsrätin zusammen mit dem Städtetag mit den Kommunalen Flüchtlingsdialogen ein weiteres Element hinzugefügt



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Vielfalt vernetzen

„Vielfalt gefällt- Orte des Miteinanders!“ BW Stiftung

- innovative Beiträge zur Weiterentwicklung der Willkommenskultur
- Förderung für Projekte für und mit Flüchtlingen...
- Antrag: Allianz und BW Stif.

Leuchtturmwettbewerb

- Bürgerbeteiligung: Kultur des Miteinanders – Gelebte Gemeinschaft
- Preisgelder zwischen 500 und 2.500 Euro
- Bewerbung: Staatsanzeiger

Lokale Bündnisse

- Förderung von bürgerschaftlichem Engagement
- Dialog zum Zusammenleben in den Kommunen
- Zwischen 15.000 und 50.000 Euro
- Antrag: Sozialministerium

Gut Beraten

- Beratungsgutscheine zur Förderung der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum
- Bis 4.000 Euro
- Antrag: Allianz für Beteiligung

Kommunale Flüchtlingsdialoge

- Förderung von Dialogen mit 3.000 bis 5.000 Euro
- Antrag über LpB

Qualifiziert. Engagiert

- Qualifizierung von Ehrenamtlichen bis max. 300 Euro
- Antrag: über LpB



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Vielfalt vernetzen

- Ich freue mich über die Vielzahl an Programmen und Initiativen von Staat und Stiftungen. Der Bedarf dafür ist im Land sehr groß
- Damit erreichen wir ganz unterschiedliche Zielgruppen
- Allianz für Beteiligung organisiert die Vernetzung der Projektträger und Programme für gute und bereichernde Zusammenarbeit
- Es ist gut, dass sich die Projektträger regelmäßig zum Austausch treffen



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Kommunale Flüchtlingsdialoge

- Zentral ist, dass es dabei immer um die Zukunftsfragen geht, wie das Zusammenleben und die Integration als kommunale Gemeinschaftsaufgabe gelingen kann.
- Die Zeit ist reif, dass das Engagement der Bürger nicht nur selbstverständlich in Anspruch genommen wird, sondern sie auch an Zukunftsfragen beteiligt werden.
- Neben den inhaltlichen Fragen geht es bei den kommunalen Flüchtlingsdialogen insbesondere darum, den Kommunen einen Werkzeugkasten an die Hand zu geben, um dieses komplexe Thema nach dialogischem Prinzip mit vielen Akteuren aus Bürgerschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik zu bearbeiten.
- Dadurch können die teilnehmenden Kommunen auch zu Multiplikatoren für andere Städte und Gemeinden werden.



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Was ist die Rolle des Landes?

- In Baden-Württemberg sollen kommunale Flüchtlingsdialoge dauerhaft werden. Denn bei der Integration ist die Bürgerbeteiligung zentrales Element.
- Kooperationsprojekt von Staatsrätin Erler mit dem Städtetag und der Bertelsmann Stiftung/Uni Hohenheim. Mit dabei sind auch die Führungsakademie und die Landeszentrale für politische Bildung.
- Kommunen entscheiden selbst über ihren Ansatz
- Land initiiert und unterstützt (finanziell und beratend)
- Land bleibt an Bord als Adressat von Handlungsempfehlungen, z.B. Einsatz Polizei oder Lehrkräfte, Änderung von Vorschriften



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Erster Flüchtlingsdialog in Schwäbisch Gmünd

- Rund 150 Personen vorwiegend aus der Verwaltung, Ehrenamt und Engagement
- 5 moderierte Thementische: Bauen & Wohnen, Ehrenamt & Beteiligung, Arbeit, Frauen und Bildung & Ausbildung
- Fragen: Was läuft gut? Was muss verbessert werden? Was braucht es?
- Ergebnisse: Konkrete Projektideen, Aufklärung über bereits Vorhandenes Hinweise auf Probleme und Anregungen für Problemlösungen
- Weiterführende Runde Tische



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Flüchtlingsdialoge in:

- **Horb:** Einbindung der gewählten Flüchtlingsvertreter in eine Begleitgruppe für den kommunalen Masterplanprozess.
- **Friedrichshafen:** Kommunale Begleitgruppe unter Einbindung der Zeppelin Universität. Dialogergebnisse fließen in lokale Bündnisse ein
- **Stuttgart:** Dezentrale Dialoge, erst in Flüchtlingsunterkünften
- **Freiburg:** Erarbeitung Präventionskonzept „Nachtleben in Freiburg“
- **Tübingen:** BürgerInnenräte in den Stadtteilen
- **Lörrach:** Dialog in den Freiraumkisten, denn öffentliche Räume sind Integrationsräume.
- **Weinheim:** zu einzelnen Themenfeldern
- **Ostfildern:** zentraler Dialog



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Themenfelder definieren

- **Zusammenleben/Nachbarschaft:** Ruhestörung, Desinteresse der Sicherheitsleute, Müll,
- **Sprache:** Sprachkurse, freiwilliges Sprachengagement (z.B. am Nachmittag)
- durch Ehrenamtliche
- **Sicherheit:** Unqualifiziertes Sicherheitspersonal
- **Engagement:** Ressourcen nutzen und einsetzen
- **Zusammenarbeit/Kommunikation** Bürger, Ehrenamt, Verwaltung, Polizei, Flüchtlinge: Offenheit der Verwaltung für Anliegen, Nachvollziehbarkeit und Transparenz von Verwaltungsentscheidungen, Wer ist Ansprechpartner?
- **Zusammenarbeit mit Landkreis**
- **Interkulturelle Kompetenzen/gegenseitiges Kennenlernen:** Welche Traditionen haben die Syrer (laute Gespräche in der Nacht etc.), Befähigung der Ehrenamtlichen für Arbeit mit Flüchtlingen
- **Arbeit:** Austausch mit der Wirtschaft, Informationen über Pilotprojekte



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Akteure identifizieren

- Vertrauliche Gespräche mit einzelnen Vertretern von Gruppen, über aktuelle Stimmung, mögliche Themen, Fragen, Probleme, notwendige Maßnahmen etc. → Sammlung von Themen und Teilnehmende für den Dialog
- Wohnbaugesellschaft einbinden
- Mögliche Gruppen: Anwohner, Sicherheitsfirma, Flüchtlinge in verschiedenen Unterkünften, Ehrenamtliche, Verwaltungsämter, Wirtschaft, Einzelhandel, (Sport-)Vereine, Migrantenvereine, Kommunalpolitik, Landkreis etc.
- Interner Workshop zur Konzeption des weiteren dialogischen Vorgehens
- Bildung einer Begleitgruppe



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Flüchtlingsdialoge in den Quartieren?

- Langfristig sollte in den Quartieren eine einfache und praktikable Dialogkultur etabliert werden
- Zentrale Themen können offen angesprochen und diskutiert werden, das Angebot sollte sich nicht nur auf sozio-kulturelle Veranstaltungen beschränken.
- Reflexionsangebote, wie sie z.B. in den Mehrgenerationenhäusern angeboten werden, sollen geschaffen werden.
- Orte für Beteiligung schaffen
- Einfache Formate machen: „heiße Couch“, Politiker fragen- Bürger antworten, mit dem Sonnenschirm vor den Rewe...



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Was es braucht?

- Ressourcen werden bereitgestellt (€ 3000-5000)
- Qualifizierungsmaßnahmen zum Thema Bürgerbeteiligung für die Sozialberufe
- Ergebnisse öffentlich machen
- Tandem-Programm, bei dem Anwohner von Politikern begleitet werden
- Die Politiker bekommen so einen besseren Zugang zu den Quartieren und die Anwohner werden mit ihren Anmerkungen und Problemen gehört



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Fazit:

- Durch ein „Transfer-Treffen“ unter Praktikern gäbe es die Möglichkeit Methoden der Beteiligung auszutauschen und ein „Dialog Bewusstsein“ zu schaffen: 28.7.2016 StM
- Ohne aufsuchendes Element ist ein Dialog in den Quartieren nicht möglich
- Die Gemeinwesenarbeit ist essentiell für die breite Beteiligung (stiller Gruppen)
- GWA soll als eigenständiger Ansatz sichtbar bleiben und gut mit der Bürgerbeteiligung verwoben werden



Kommunaler Flüchtlingsdialog

Wie leben wir zukünftig zusammen?



Baden-Württemberg

Quartiersarbeit, der Schlüssel für die Integration der Geflüchteten?

Prof. Dr. Michael Krummacher
EFH RWL, Bochum



Prof. Dr. Michael Krummacher

**QUARTIERSARBEIT: SCHLÜSSEL
FÜR DIE INTEGRATION DER
GEFLÜCHTETEN?**

Vortrag i.R. der Tagung
„Gemeinwesenarbeit und Flucht“
in Freiburg am 01. Juli 2016



GLIEDERUNG

1. AUSGANGSTHESEN UND SCHLÜSSELFRAGEN
2. RAHMENBEDINGUNGEN DER AKTUELLEN FLÜCHTLINGSPOLITIK
3. WAS AUF KOMMUNAL- UND QUARTIERSEBENE GELINGEN KANN UND WAS NICHT
4. HERAUSFORDERUNGEN AN STADTENTWICKLUNG UND KOMMUNALPOLITIK
EXKURS: SOZIALRÄUMLICHE SEGREGATIONEN
5. HERAUSFORDERUNGEN AN DIE QUARTIERSARBEIT DER FREIEN TRÄGER *)
6. SCHLUSSFOLGERUNGEN

***) Als Quartiersarbeit bezeichne ich im Folgenden alle Formen sozialraumorientierter Arbeit im Stadtteil bzw. Wohnquartier**

2



1. AUSGANGSTHESEN UND SCHLÜSSELFRAGEN

- 2015 weltweit höchste Flüchtlingsmigration seit 2. Weltkrieg, **ABER: Die Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland ist NICHT dramatisch!**
- Die Akteure-Arena der Fluchtmigration ist komplex: EU, Bund, Länder, Kommunen, Wohlfahrtsverbände etc.. Solidarische Gesamtkonzepte und ihre Finanzierung gibt es bisher nicht.
- Die konkrete Integration von Zugewanderten und Flüchtlingen findet ‚VOR ORT‘ statt, d.h. in Städten, den Stadtteilen, den Nachbarschaften, den Schulen, den Betrieben etc..
- Die Möglichkeiten der lokalen politischen Akteure und der Gemeinwesenarbeit bei der Gestaltung der Flüchtlingsarbeit und –integration sind zwar begrenzt, aber durchaus gegeben.
- Die hauptsächlichen Handlungsfelder der (Erst-)Integration von Flüchtlingen sind m.E.: 1. Sprache/ Bildung/ Schule; 2. Ausbildung/ Arbeit; 3. Gesundheit; 4. Unterbringung/ Wohnen; 5. Zusammenleben/ Engagement von Ehrenamtlichen.

6

2. RAHMENBEDINGUNGEN DER AKTUELLEN FLÜCHTLINGSPOLITIK

POLITISCH-RECHTLICHE ZUSTÄNDIGKEITEN

- **BUND** (Regierung, Parlament, BAMF ...): Außenpolitik, Asylgesetze, Registrierung, Verteilung auf Bundesländer („Königsteiner Schlüssel“), Entscheidung über Asylanträge, Kofinanzierung von Kosten anderer Ebenen
- **BUNDESLÄNDER**: Registrierung, Erstaufnahme, Verteilung auf die Kommunen, Vollzug der BAMF-Asylentscheidungen, Integrationsprogramme ... und deren Kofinanzierung
- **KOMMUNEN**: Zurverfügungstellung und Gewährleistung von Erstaufnahme-Einrichtungen und Betrieb von Unterkünften, Auszahlung von Leistungen, Aufenthaltserlaubnis und Unterbringung nach Asylentscheid, Amtshilfe bei Abschiebung. **INTEGRATION NACH POSITIVEM ASYLENTSCHEID.**
- **REFINANZIERUNG**: Die Kosten der Kommunen werden bislang unzureichend gedeckt.

7

NOCH 2: Rahmenbedingungen Flüchtlingspolitik

GEPLANTES INTEGRATIONSGESETZ 2016: AUSWIRKUNGEN AUF DIE KOMMUNEN

- **POSITIV** zu bewerten sind die z.T. erleichterten Zugänge für Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt und in Ausbildungen
- **WIDERSPRÜCHLICH** zu bewerten sind die geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (100 Tsd. 1-Euro-Jobs):
PRO: Einstieg in den Arbeitsmarkt; CONTRA: kein echter Einstieg, Unterlaufen des Mindestlohns
- **KRITISCH** zu bewerten sind vor allem:
 1. Das durchgängige Prinzip „Fordern und Fördern“ mit Schwerpunkt auf sanktioniertes Fordern („Rohrstock-Pädagogik“)
 2. Die Verlängerung und Erschwerung zum Erhalt eines Dauer-Aufenthaltsrechts für anerkannte Flüchtlinge
 3. Die geplante „WOHNSITZAUFLAGE“ für anerkannte Flüchtlinge: Sie erschwert die Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt und, sie funktioniert nicht.

8

3. WAS AUF KOMMUNAL- UND QUARTIERSEBENE GELINGEN KANN UND WAS NICHT

RESSOURCEN

- Langjährige Integrationsleistungen und –Erfahrungen von Zugewanderten und Einheimischen
- friedliches Neben- und Miteinander in den meisten Stadtteilen mit hohem Migrantenanteilen
- Kommunale Integrationskonzepte und etablierte Umsetzungs-Strukturen in vielen Kommunen
- Erfahrungen und Netzwerke der Stadtteil-Akteure: Lokalpolitik, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Bildungs- und soziale Einrichtungen, Vereine, Migrantenselbstorganisationen und Gemeinwesenarbeit
- Ehrenamtlichen-Engagement und soziale Netzwerke zur interkulturellen Arbeit in den Städten und Stadtteilen.

9

Noch 3: Ressourcen, Grenzen von Kommunalpolitik

GRENZEN

- Kommunalpolitik und Quartiersarbeit stoßen stets an die Grenzen, die Bundes- und Landespolitik vorgeben
- Märkte, d.h. lokale Arbeits- und Wohnungsmärkte ... setzen oft enge Grenzen der Integration
- Kommunalpolitik ist natürlich nicht wertfrei. In Bezug auf Flüchtlinge reagiert sie oft populistisch-abwehrend auf reale oder angenommene Abwehrhaltungen der Bevölkerung
- Oft Inkompetenz und Gewurstel von Politik und Verwaltung bei der Umsetzung von Integrationskonzepten
- Auch bei gutem Willen zur Integration bilden die Kommunalfinanzen oft den „Flaschenhals“ der Integration.

ZWISCHENBILANZ

Kommunalpolitik und Quartiersarbeit verfügen über zahlreiche Ressourcen zur Integration von Flüchtlingen. Fatal wäre es aber, ihre Handlungsgrenzen zu übersehen.

10

4. HERAUSFORDERUNGEN AN STADTENTWICKLUNG UND KOMMUNALPOLITIK

Zentrale kommunale Handlungsfelder der (Erst-)Integration von Geflüchteten sind (BAGFW 2015).

- (1) **SPRACHE/ BILDUNG/ SCHULE**
- (2) **AUSBILDUNG / ARBEIT**
- (3) **KINDER- UND JUGENDHILFE**
- (4) **GESUNDHEIT**
- (5) **WOHNEN UND STADTTEILENTWICKLUNG**
- (6) **ZUSAMMENLEBEN / ARBEIT MIT EHRENAMTLICHEN**



Die Themen (1) bis (4) behandle ich hier aus Zeitgründen nicht, die Themen (5) und (6) etwas ausführlicher

11

■ **Noch 4: Herausforderungen Kommunalpolitik, Quartiersarbeit** **(5) WOHNEN UND STADTTEILENTWICKLUNG**

- Wohnen bildet ein **SCHLÜSSELTHEMA** der Integration von **Flüchtlingen**. Wohnen entscheidet maßgeblich über die Lebensqualität und Integrationsbereitschaft, über Zugänge zu **Bildung und Arbeitsmarkt**, über soziale Netzwerke und über ein friedliches Neben- und Miteinander mit Nachbarn
- Die Unterbringung in Notunterkünften muss bald möglichst beendet werden, soweit sie noch erforderlich ist, müssen die Standards für Ausstattung, Privatheit, soziale Betreuung und Beratung erhöht werden. Anerkannte Flüchtlinge müssen baldmöglichst in ‚Normal-Wohnungen‘ untergebracht werden
- Für alle für **ALLE** einkommensschwachen Schichten sind nötig: Umfangreiche Programme „Sozialer Wohnungsbau“ und „Soziale Stadt“, Nachverdichtung von Wohnungen, Bekämpfung von Mietwucher und Diskriminierungen sowie eine realistische Wohnkosten-Übernahme

12

■ **Noch 4: Herausforderungen Kommunalpolitik, Quartiersarbeit** **EXKURS: SOZIALRÄUMLICHE SEGREGATION IM QUARTIER**

- In der Stadtentwicklungsdiskussion ist das Leitbild der „gesunden sozialen Mischung“ zur Vermeidung von „Ghettobildungen“ verbreitet. Sie prägt auch die Wohnsitzpflicht für anerkannte Flüchtlinge im Integrationsgesetz 2016
- Aus meiner Sicht behindern die Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge ihre Integration in den Arbeitsmarkt, den Aufbau von Selbsthilfe-Netzwerken und, sie funktionieren rechtsstaatlich und realpolitisch meist nicht
- Sozialräumliche Konzentrationen von Migrant*innen in Stadtteilen hat es immer gegeben. Für die Betroffenen haben sie Vor- und Nachteile. In Deutschland sind daraus nur selten Ghettos entstanden. Sie können durch eine soziale Stadtteilentwicklungspolitik (z.B. „Soziale-Stadt“) auch vermieden werden. „**FREIWILLIGE** Segregation“ ist zu tolerieren, „**ERZWUNGENE** Segregation“ (z.B. Wohnsitzauflagen) ist zu vermeiden.

13

PRO UND CONTRA VON ETHNISCHER SEGREGATION

PRO	CONTRA
Informationsbörse zum Ankommen , familiäre und nachbarschaftliche Hilfen	Bei hoher Segregation erschwerter Integration in die Mehrheitsgesellschaft
Bildung von eigen-ethnischen Infrastrukturen und Netzwerken als Integrationshilfen	Geringe Berührungspunkte zur Mehrheitskultur, erschwerter Spracherwerb
Familiäre und nachbarschaftliche Selbsthilfen	Gefahr des Rückzugs in die eigene Ethnie („Gruppendruck“)
Bildung von Arbeitsplatz- und Versorgungsnetzwerken	Gefahr der Bildung einer „Kultur der Armut“ = „Armutsfalle“
Psychosozial: „ein Stück Heimat“	Stigmatisierung von Quartieren, Ausgrenzungen von Ethnien
Quelle: Krummacher 2016	

14

Noch 4: Herausforderungen Kommunalpolitik, Quartiersarbeit (6) ZUSAMMENLEBEN, UMGANG MIT FREMDHEIT

- Zusammenleben in Städten funktioniert selten über ein harmonisches Miteinander, ein **friedliches Nebeneinander** ist ‚normal‘. Das gilt auch für Zugewanderte und Einheimische
- Konkurrenzen und Konflikte zwischen Einheimischen und Neu-Zugewanderten **in gleicher sozialer Lage** sind ‚normal‘, sie können leicht in interkulturelle Konflikte bis hin zu Rassismus münden
- Aufgabe von Kommunalpolitik und Gemeinwesenarbeit ist es, Rassismus zu bekämpfen sowie interkulturelle Konflikte zu moderieren und zu befrieden
- In der aktuellen Situation haben Kommunalpolitik und Gemeinwesenarbeit v.a. die Aufgaben, die Bevölkerung transparent zu informieren, die freien Träger angemessen einzubinden und zu refinanzieren sowie jeglichem Rassismus vorzubeugen.

15

5. HERAUSFORDERUNGEN AN DIE QUARTIERSARBEIT DER FREIEN TRÄGER

- **Gemeinwesenarbeit der freien Träger kann zwar keine Flüchtlingspolitik bestimmen, sie kann aber human, professionell und anwaltlich damit umgehen**
- **Sowohl beim Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften wie bei ihrer Betreuung in Normalwohnungen müssen sich freie Träger strikt an menschenrechtlichen Grundsätzen orientieren. Eine aktive Beteiligung z.B. an Abschiebungen schließt dies m.E. aus**
- **Wohnungsmarkt, soziale Kontakte und Wohnortwünsche von NEU ZUGEWANDERTEN führen fast immer zu räumlichen Konzentrationen in Stadtteilen mit ‚billigeren‘ Wohnungen, hohem Migrantenanteil und hohem Anteil einkommensschwacher Bevölkerung. Konkurrenzen um Wohnungen, Bildung, Arbeit ... sind daher vorprogrammiert**

16

**Harmonie im Zusammenleben ist nicht leicht
und auch nicht der Regelfall!!!**



17

21

Noch: Herausforderungen an die Quartiersarbeit

- Quartiersarbeit muss sich den Konkurrenzen unter den ärmeren Bevölkerungsgruppen um knappe Angebote am Wohnungsmarkt, am Arbeitsmarkt ... stellen und eine ausgewogene Balance zwischen ihrer Lobbyarbeit für Einheimische und für Flüchtlinge gewährleisten.
- **HAUPTAUFGABEN DER FLÜCHTLINGSBEZOGENEN STADTTEILARBEIT IM QUARTIER SIND:**
 - (1) Transparente Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
 - (2) Abbau von Vorurteilen und Rassismus
 - (3) Gleichberechtigte Partizipation und Information von Flüchtlingen und Einheimischen sicherstellen
 - (4) Aufbau und Moderation von Netzwerken zur Begegnung von Flüchtlingen und Einheimischen
 - (5) Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsberatung
 - (6) Soziale Netzwerke schaffen, Ehrenamtliche aktiv betreuen.

18

6. SCHLUSSFOLGERUNGEN

- (1) Quartiersarbeit kann die vielfältigen Herausforderungen der Integration der Geflüchteten in den Städten natürlich nicht lösen! Sie kann aber einen wesentlichen Beitrag zum **humanen, professionellen und anwaltlichen** Umgang damit und zum friedlichen Zusammenleben im Quartier leisten.
- (2) Die Verschärfungen des Integrationsgesetz 2016 in Bezug auf die Niederlassungserlaubnis und die Wohnsitzauflagen anerkannter Flüchtlinge sind contra-produktiv
- (3) Große Herausforderungen stellen sich für Städte und Gemeinden insbes. in Bezug auf die Unterbringung in Normalwohnungen. Konzentrationen in Stadtteilen mit hohem Migrantanteil sind wahrscheinlich.
- (4) Stadtteilentwicklungspolitik und Gemeinwesenarbeit können Ghetto-Entwicklungen verhindern. Dazu sind „Tandem-Modelle“ aus Planung und Sozialarbeit gefordert.

19



Danke für's Zuhören!!!

Autorenangabe/ Kontakt: [krummacher\(at\)arcor.de](mailto:krummacher(at)arcor.de)
homepage: m-krummacher.de

Quartiersarbeit, der Schlüssel für die Integration der Geflüchteten?

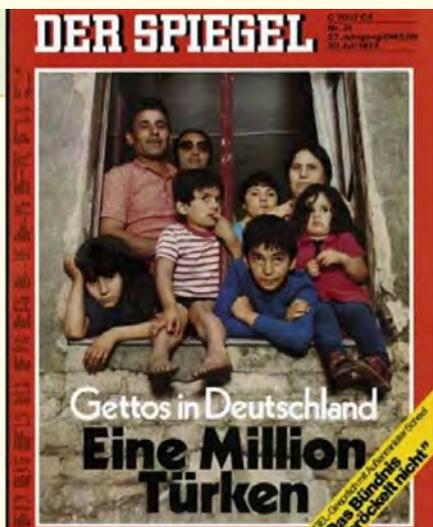
Bahar Sanli

Kulturwissenschaftlerin Berlin



**Eine gemeinsame
Einwanderungsgesellschaft beginnt mit
einer inklusiven Nachbarschaft**

**Bahar Sanli
Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.
Berlin-Kreuzberg**





HU



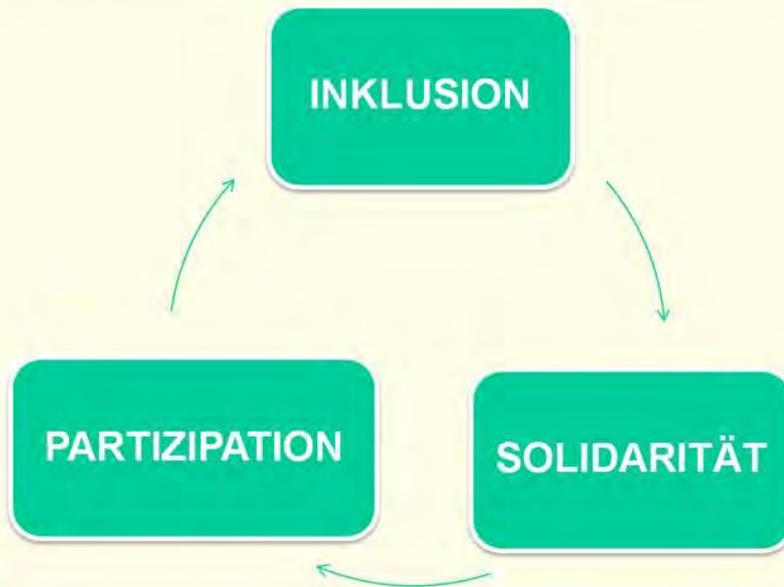
NHU



NeueDeutscheOrganisationen:

„Keine Politik für Migranten, sondern eine Politik für eine gemeinsame Einwanderungsgesellschaft“

Säulen von GWA



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Workshop 2

Zusammenleben und Miteinander in der Stadtgesellschaft unter den Vorzeichen der Flüchtlingsthematik—Chancen und Probleme

Dr. Iris Sardarabady

Geschäftsführerin des Internationalen Begegnungszentrum Karlsruhe (ibz)

Zusammenleben und Miteinander in der Stadtgesellschaft unter den Vorzeichen der Flüchtlingsthematik – Chancen und Probleme

Was fördert das Zusammenleben in einer heterogener werdenden Gesellschaft, ein Miteinander von Einheimischen und Flüchtlingen?

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es selbstverständlich keine Homogenität der „Gruppen“ gibt - weder bei Einheimischen noch bei Flüchtlingen. Für die Flüchtlinge folgenreich ist insbesondere die Einteilung nach Herkunftsland sowie nach entsprechender Bleibeperspektive, die unterschiedliche Folgen für die asylrechtliche Betrachtung und damit auch für die Lebenschancen nach sich zieht.

Weitere beträchtliche, für das Gelingen von Integration bedeutende Unterschiede existieren hinsichtlich der individuellen Sozialisation, der Biographie, Ressourcen, Motive und Ziele. Ohne diese notwendige Differenzierung zumindest im Hinterkopf zu haben, ist es schwierig über Chancen und Probleme zu reden.

Um die Frage nach den Chancen und Problemen, die sich beim Zusammenleben in der Stadtgesellschaft zeigen, anzugehen, möchte ich einen kurzen Einblick in meine Arbeit im Internationalen Begegnungszentrum Karlsruhe geben. Ich werde so versuchen, ausgehend von den Erfahrungen aus der Praxis eine Grundlage für die anschließende Diskussion zu geben.

Das ibz wurde 1995 auf Beschluss des Karlsruher Gemeinderates gegründet. Es bot dem damaligen Ausländerbeirat und Migrantenvereinen Räume für ihre Aktivitäten und war Plattform für den interkulturellen Austausch. Darüberhinaus sollte schon damals ein Zeichen gesetzt werden gegen Übergriffe auf Asylbewerberwohnheime und gegen Fremdenfeindlichkeit. Durch Begegnungen auf Augenhöhe zwischen Zugewanderten und Einheimischen, den interkulturellen Dialog, vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen sollten Bewusstseinsprozesse in Gang gebracht werden, an der Idee einer weltoffenen Gesellschaft gearbeitet sowie auch das Ankommen und die Integration der Zugewanderten durch konkrete Projekte unterstützt werden.

Im Laufe der letzten 20 Jahre entwickelte sich das ibz - auch durch eine enge Vernetzung mit städtischen Akteuren, Wohlfahrtsverbänden, Agentur für Arbeit, Industrie- und Handelskammer, Sprachschulen, Universität, Kirchen, Menschenrechtszentrum u.v.m. zu einer zentralen Anlaufstelle und einem Netzwerkknoten in Fragen der Integration.

In Orientierung an dem 2012 erstellten Karlsruher Integrationsplan und als Antwort auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen wurden zu den sieben etablierten, erfolgreichen Projekten zwei neue begonnen, die insbesondere Flüchtlinge und ihre Möglichkeiten zur Integration im Blick haben.

- Topf der Kulturen: Einheimische kochen und essen gemeinsam mit Flüchtlingen aus den Erstaufnahmeunterkünften ein Gericht aus deren Herkunftsland.

- Perspektive Now! In einem 1:1 Verhältnis unterstützen Ehrenamtliche die schulische, berufliche und soziale Integration von jungen Zugewanderten, insbesondere von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen.

Bei diesen Projekten wird weder nach Aufenthaltsstatus noch nach Bleibeperspektive gefragt, im Gegensatz zu den staatlich geförderten Integrationskursen, bei denen z.B. eine zeitnahe Teilnahme nur für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive vorgesehen.

Aufgrund der Erfahrungen aus der Praxis sind im Hinblick auf die Frage nach einem gelingenden Zusammenleben drei bedeutende Aspekte zu nennen.

1. Vielfältige Angebote zur persönlichen Begegnung. Durch den wertschätzenden Austausch und den Perspektivenwechsel wachsen auf beiden Seiten Verständnis, Empathie und Vertrauen. Kulturelle Unterschiede werden sichtbar, aber auch das Gemeinsame wird spürbar – oft stellt man überrascht fest, dass man sich manchen Menschen aus anderen Herkunftsländern näher fühlt, als anderen mit den gleichen kulturellen Wurzeln. Menschen werden eben nicht allein, vielleicht noch nicht einmal vorrangig durch ihre Herkunft definiert! Identität setzt sich aus vielen verschiedenen sozialen Kategorien zusammen.

2. Reflexion über verbindliche und verbindende Werte und Regeln. Durch die neuen Herausforderungen, durch das Konfrontiert-Werden mit dem vermeintlich Anderen werden wir dazu gedrängt, über unsere „eigenen“ Werte neu nachzudenken, uns in der Auseinandersetzung mit den Zugewanderten auf gemeinsame Werte, die den sozialen Zusammenhalt ermöglichen, zu verständigen.

3. Zunahme des sozialen Engagements der Zivilgesellschaft. Durch das enorme Engagement der Ehrenamtlichen zeigt sich die Zivilgesellschaft weltoffener und sozialer. Über das anfangs rein caritative Engagement sind viele auch politisch interessierter und aktiver geworden. Dies ist insbesondere auch, wie Studien belegen, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Fall.

Nach diesen positiven Entwicklungen werden im Folgenden die Schattenseiten zu thematisieren sein. Der Fokus wird auf zwei Problemfeldern liegen.

1. Zunahme und Erstarken von rechtspopulistischen und rechtsradikalen Gruppierungen. Genügen soll an dieser Stelle der Hinweis auf den Wahlerfolg der AFD, die Aufmärsche von Pegida und co. sowie insbesondere der dramatische Anstieg fremdenfeindlich motivierter Gewalt. Laut Verfassungsbericht wurden 2015 fünfmal so viele Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte verübt wie 2014. Eine aktuelle Studie der Uni Leipzig geht davon aus, dass Menschen mit rechten Einstellungen zunehmend offen dafür sind, zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewalt anzuwenden.

Verantwortlich hierfür sind u.a. die Angst vor dem Fremden, vor dem vermeintlichen Zuviel an kulturellen Unterschieden, dem Identitätsverlust. Viele befürchten, dass nicht nur die dringend benötigten zukünftigen Auszubildenden und Fachkräfte kommen, die sich reibungslos und unauffällig integrieren, sondern auch Menschen, die nicht fähig oder bereit sind, sich sozial, kulturell und strukturell zu integrieren. Dies leitet zu dem zweiten möglichen Konfliktfeld über:

2. Kultur-, religions- und milieubedingte Wertunterschiede

In manchen Begegnungen mit den „Newcomern“ treten statt der erwähnten Gemeinsamkeiten, auch scheinbar unüberbrückbare Gegensätze zutage. Kulturell geprägte Vorstellungen z.B. in Bezug auf Gleichberechtigung der Geschlechter, sexuelle Orientierung, Demokratie, die „uns“ fremd erscheinen.

Die Frage wird sein: Wie gehen wir mit gesellschaftlich diskrepanten Werten und Verhaltensweisen um? Mit Burkaträgerinnen, mit Männern, die Frauen, den Handschlag verweigern oder auch mit rassistischen Haltungen unter Zugewanderten verschiedener Herkunftsländern? Wer soll, will oder kann sich wie verändern?

Drei Fragen sollen im Workshop diskutiert werden:

1. Was ist Integration? Wie sieht gelungene Integration aus? Wer sind die Akteure?

These: Statt Integration als einseitige Anstrengung und Forderung an die Zugewanderten zu formulieren, müssen auch die Anstrengungen der Aufnahmegesellschaft stärker in den Blick genommen werden. Integrationsleistungen sind von allen Akteuren zu erbringen. Das bedeutet für die Aufnahmegesellschaft, sich mit der Verschiedenheit und der zunehmenden Komplexität auseinanderzusetzen, sich gegenseitig zu respektieren und manchmal auch das Fremde und die Differenz anzuerkennen und auszuhalten.

Integration im Sinne eines gesellschaftlichen Zusammenhaltes bewegt sich somit im Spannungsfeld zwischen Kooperation, Auseinandersetzung und Konflikt.

2. Wo liegen die Grenzen zu Assimilation?

Was bedeutet überhaupt Assimilation? Muss Assimilation als Angleichung immer als Zwang von außen verstanden werden und automatisch negative Assoziationen wie „Zwangsgermanisierung“ hervorrufen?

These: Für eine „Entdämonisierung des Assimilationsbegriffes“ (vgl. H. Esser) spräche, dass Assimilation im Sinne von kultureller Angleichung auch „wertneutral“ als ein selbstverständlicher Prozess verstanden werden kann, in dem Individuen im sozialen Kontext immer auch Teile der sozialen Grammatik ihrer InteraktionspartnerInnen übernehmen, d.h. dass EinwandererInnen den Nicht-EinwandererInnen, bezogen auf Werte und Gewohnheiten, ähnlich werden – als eher unbewusster Prozess oder als bewusste Entscheidung.

Dies würde auch zum Bild des mündigen Individuums passen, das sich mit seiner (neuen) Umwelt und den entsprechenden Einflüssen reflexiv auseinandersetzt und aktiv und eigenständig mitentscheidet, welche Werte und Normen es übernehmen möchte und welche nicht. Das Selbstverständnis wird schließlich im Lauf der Biographie über eine Vielzahl kultureller Einflüsse gefestigt, die Entwicklung von Identität ist ein langfristiger und komplexer Prozess.

Zu der Frage nach der Definition von Assimilation gehört ebenso der Blick auf ihre Inhalte.

In entsprechenden soziologischen Debatten (vgl. Albert Scherr) werden z.B. die funktional erforderlichen Lernprozesse wie das Erlernen der neuen Sprache, Leistungsnormen und die eher nicht funktional erforderliche kulturelle Anpassung an Regeln, Normen, Sitten und Gewohnheiten der Mehrheit unterschieden. Der Bereich der privaten Lebensführung und der religiösen Fragen sollte individuell und autonom geregelt werden.

In die gleiche Argumentationsrichtung gehen auch Charles Taylor und Ralf Dahrendorf. Taylor sieht Kanadas Multikulturalismus als konsensfähig, „weil sich zwar alle gleichermaßen an die Gesetze halten müssen und die gleichen Rechte und Pflichten haben – als Privatpersonen aber ruhig verschieden sein können“.

Ebenso geht auch Dahrendorf davon aus, dass die BritInnen Parallelgesellschaften in der privaten Sphäre akzeptiert hätten, im Gegensatz zum öffentlichen Raum, in dem es allgemeinverbindliche Regeln gibt.

3. In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Ist diese Trennung von privatem und öffentlichem Leben realistisch? Die Frage wird sein, ob diese Unterscheidung zwischen Innen und Außen im konkreten Alltag umsetzbar ist, wann das Private auch den öffentlichen Raum berührt. Als problematisch könnten sich hier die zum Teil beobachtbaren gravierenden Unterschiede hinsichtlich der Vorstellung von Frauen- und Kinderrechten in eher patriarchalisch geprägten Kulturen erweisen. Hier zeigt sich, dass Vielfalt eben nicht nur Chancen bietet, sondern durchaus auch mit Konflikten verbunden ist.

These: Die Gesellschaft wird sich im Zuge der Zuwanderung verändern. Es gilt die Trennung in „wir“ und „ihr“ zu überwinden und zusammen etwas Neues zu gestalten. Menschen samt ihrer im Sozialisationsprozess erworbenen, vertrauten Verhaltensmustern sind veränderungsfähig, dies ist eine große Chance sowohl für die Einheimischen wie auch für die „Newcomer“.

Als nicht verhandelbar und als gemeinsame Wertgrundlage sollten jedoch die universellen Menschenrechte und davon ableitbar die Grundrechte gelten. Diese sollte man, allen Gesellschaftsmitgliedern mit der entsprechenden Haltung vermitteln – in allen öffentlichen Institutionen, von Anfang an, nachhaltig und auf der Basis des wertschätzenden Dialogs.

Workshop 4

Kommunale Organisation und Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit

Daphne Hadjiandreeou-Boll

Abteilungsleitung Fachbereich Arbeit und Soziales, Koordination Flüchtlingshilfe/Ehrenamt, kommunale Beratung und Flüchtlingsfonds der Stadt Mannheim



**ERSTORIENTIERUNG IN
DEUTSCHLAND - FIRST
STEPS**

**FÜR FLÜCHTLINGE IN
ERSTAUFNAHME-
EINRICHTUNGEN**



KOMMUNALE FLÜCHTLINGSBERATUNG DER STADT MANNHEIM -GRUNDZÜGE UND ZIELE-

- Flüchtlingen mit in den LEAs/BEAs sollen bereits während des Aufenthaltes in EAEs Informationen über Integrationsangebote in die Gesellschaft erhalten.
- Dies sind Angebote mit dem Fokus auf die Zeit nach der Verteilung in die Stadt- und Landkreise und auf Themen, die auf ein Verständnis der Systematik des
 - Deutschen Wohnungs- und Arbeitsmarktes abzielen und
 - aufzeigen sollen, wie das Bildungs- und/oder Gesundheitssystem funktioniert, dies wird in Kooperationen mit anderen Fachbereichen der Stadtverwaltung, z.B. dem Gesundheitsamt (FB 53 oder Bildung, FB 40)
 - und vermitteln wollen, wie Deutsche Behörden im Allgemeinen strukturiert (Leistungsbezug Ausländerbehörde etc.) sind
- Die Schulungen finden in Gruppenveranstaltungen für Erwachsene statt.



KOMMUNALE FLÜCHTLINGSBERATUNG DER STADT MANNHEIM -GRUNDZÜGE UND ZIELE-

- **Die Module im Einzelnen:**
 - Informieren über alle Beratungsstellen und Behörden, die folgende, verbindliche Auskunft geben können über:
 - Zugangsmöglichkeiten zu Bildungs- und Arbeitsmarkt in Deutschland / Beruf
 - Zugangsmöglichkeiten zum Wohnungsmarkt in Deutschland
 - Überblick über das Gesundheitssystem in Deutschland
 - Kenntnisse über die Systematik und Funktionsweise von Behörden in Deutschland



1. BILDUNG / ARBEITSMARKT

Informationen über das deutsche Bildungssystem

- Kostenfreies dreigliedriges Schulsystem
- Schulpflicht und Konsequenzen
- Mitwirkungsrechte und -pflichten der Eltern
- Berufsausbildung und Studium: Besonderheiten aufgrund des Aufenthaltsstatus
- bei Bedarf wird über , z.B.
- die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Beratungsstellen informiert.
- Integrationskurse für alle Nicht-MuttersprachlerInnen
- Integrationskurs-Träger und BAMF-Integrationskursverordnung des Bundes und Durchführungsbestimmungen



4

1. BILDUNG / ARBEITSMARKT

Arbeiten in Deutschland

- Arbeitsmarkt (Erläuterung für Asylbewerber/innen):
 - Aufenthaltsgestattung: Zugang zu einer Beschäftigung?
 - Duldung : Zugang zu einer Beschäftigung?
 - Vorrangprüfung, was bedeutet das?
 - Selbständigkeit, Gewerbeanmeldung, ab wann ist das möglich?

Hier müssen wesentliche Änderungen durch das Integrationsgesetz des Bundes abgewartet werden.

- Ausbildungsberufe und gängige Berufe in Deutschland
- z.B. Informationen , wie läuft die Stellensuche und Bewerbung sowie Ablauf Arbeitsaufnahme (Antrag bei BA) ab?
- Informationen über gesetzliche Regelungen im Arbeitsrecht

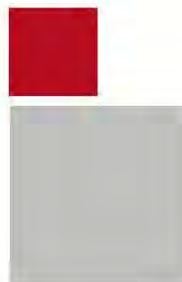


4

1. BILDUNG / ARBEITSMARKT

Arbeiten in Deutschland

- Informationen über Angebote der Jobcenter und Arbeitsagenturen,
- dazu gehören auch:
 - Einzelberatung im JC oder der Arbeitsagentur
 - Bewerbungstraining
 - Qualifizierungsmaßnahmen
 - Jobvermittlung



6

2. WOHNEN/WOHNUNGSMARKT

Wohnen in Deutschland

- Im Verfahren Asylgesetz und Auswirkungen auf das Wohnen:



7

2. WOHNEN/MIETWOHNVERHÄLTNISSE

Wohnen in Deutschland

- Informationen zum Wohnungsmarkt :
 - Wohnungssuche (wie/was/wo)
 - Sozialwohnung (WBS vs. Duldung / Wohngeld vs. Transferleistungen)
- Mietrecht / Rechte und Pflichten
 - Meldegesetz
 - Mietvertrag als Grundlage des Mietverhältnisses
 - Miete und Nebenkosten bzw. Warm- und Kaltmiete / GEZ
 - Mietrückstände (wie vermeiden / was tun bei R. / Folgen und Rechte!)
 - Nachbarschaftliche Kontakte in Mehrfamilien/Mehrparteienwohnhäusern:
 - z.B.:
 - Hausordnung
 - Ruhezeiten



8

3. GESUNDHEIT

Grundlagen des Gesundheitswesens in Deutschland

- Informationen über das Gesundheitssystem
- Überblick über medizinische Einrichtungen (lokal, ambulant und stationär)
- In Kooperation mit dem Fachbereich Gesundheit der Stadt Mannheim
Informationsdialog: Was kann ich tun, wenn ich krank bin, mein Kind krank ist? bzw.
Was kann ich tun, um gesund zu bleiben?
- Erläuterung über verschiedene Anlaufstellen:
 - Krankenhaus, Hausarzt, Facharzt,
 - Bei gezielten Nachfragen: spezifische Beratungsstellen

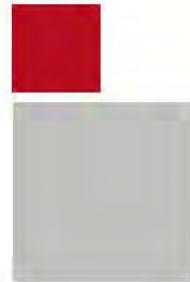


9

4. SYSTEMATIK UND FUNKTION BEHÖRDEN

Übersicht darstellen über Behörden/Institutionen und deren Funktionsweisen

- Ausländerbehörde
- Regierungspräsidium
- Sozialamt
- Jobcenter
- Bundesagentur für Arbeit
- Rathaus
- Bürgermeisteramt etc.



10

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Daphne Hadjiandreou-Boll
Koordination Flüchtlingshilfe, Ehrenamt, kommunale Beratung und
Flüchtlingsfonds der Stadt Mannheim
Fachbereich 50: Arbeit und Soziales



11

BILDUNG FÜR KINDER

- Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 6 Jahren
- Recht auf Schule und Schulpflicht
- Schulsystem in Deutschland



BILDUNG FÜR ERWACHSENE

Ausländer mit Aufenthaltsgestattung, Duldung und Aufenthaltserlaubnis haben **Zugang zu Bildung / Berufsausbildung**



Sie müssen einige Besonderheiten beachten



WAS FÜR ANGEBOTE GIBT ES

- Integrationskurs
- Berufsbezogene Deutschförderung
- Einstiegsqualifizierung
- Praktikum
- Berufsausbildung
- Anerkennung von Abschlüssen
- Weitere Sprachangebote



WERDEN FRAGEN BEANTWORTET

Was benötige ich?

Wo?

Wann?

Wer unterstützt mich?



FLÜCHTLINGSFONDS DER STADT MANNHEIM

vom Gemeinderat für 2016 und 2017 bewilligter Fonds:

- finanzielle Ausstattung pro Jahr: 150.000 €
- für Initiativen und Projekte im Rahmen der Flüchtlingshilfe, die das gesellschaftliche Miteinander unterstützen
- pro Projekt bis zu 5000€ pro Antrag im Förderzeitraum (in 2016/17 je zwei Förderanträge) möglich



SERVICE-CENTER DER STÄDTISCHEN FLÜCHTLINGSHILFEKOORDINATION

Koordination aller Anfragen;
Informationen , telefonisch und/oder per e-mail , über
Hilfsangebote und Bedarfe im Bereich Flüchtlinge für

- Bürger
 - Initiativen
 - Vereine
 - Unternehmen
 - andere öffentliche Einrichtungen,
- die spenden oder sich engagieren möchten und auch
Informationen zu Gerüchten, Vorurteilen, Ängsten rund um
die Flüchtlingsunterbringung in den
Erstaufnahmeeinrichtungen in Mannheim



Teilnehmer*innen:

<p> Jörg Ackermann LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW e.V. </p>	<p> joerg.ackermann@mannheim.de </p>
<p> Prof.Dr. Sabine Allwin EH Freiburg </p>	<p> allwinn@eh-freiburg.de </p>
<p> Basrin Askin Der Paritätische BW, Referent für Migration </p>	<p> askin@paritaet-bw.de </p>
<p> Prof.Dr. Hartmut Ayrlé Bruchsal, Stadtplanungsamt Fachbereichsleiter </p>	<p> hartmut.ayrle@bruchsal.de </p>
<p> Dr. Clemens Back LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW e.V. </p>	
<p> Friederike Barie-Wimmer HS Mannheim </p>	<p> f.barie-wimmer@hs-mannheim.de </p>
<p> Markus Baumgärtner LKrs. Emmendingen, Amt für Flüchtlingsaufnahme und Integration </p>	<p> m.baumgaertner@landkreis-emmendingen.de </p>
<p> Hannah Beck DCV, Referentin </p>	<p> hannah.beck@caritas.de </p>
<p> Sabine Beck Südwind Freiburg e.V., Schulkindbetreuung an der Lortzingschule </p>	<p> margaritabeck@hotmail.com </p>
<p> Björn Beyer Esslinger Wohnungsbau GmbH, Soziales Management </p>	<p> b.beyer@ewb-es.de </p>
<p> Sylvere Bigirimana Diakonie, UVSB Berater </p>	<p> sylvere.bigirimana@bea-freiburg.de </p>
<p> Joachim Binnerer Stadtteiltreff Brühl-Beurbarung, EA </p>	<p> info@bruehl-beurbarung.de </p>
<p> Prof.Dr. Maria Bitzan Professorin HS Esslingen </p>	<p> Maria.Bitzan@hs-esslingen.de </p>
<p> Christine Boicekofski Bruchsal, Stadtplanungsamt, Stadtplanerin </p>	<p> christine.boicekofski@bruchsal.de </p>
<p> Ursula Bonczek AK Wirthstraße, EA </p>	<p> sekretariat@hdb-freiburg.de </p>
<p> Stefan Borho Stadt Offenburg, GWA Stadtteil- und Familienzentrum am Mühlbach </p>	<p> stefan.borho@offenburg.de </p>
<p> Karin-Anne Böttcher Stadt Freiburg, Quartiersmanagement </p>	<p> Karin-Anne.Boettcher@stadt.freiburg.de </p>
<p> Tatjana Briamonte-Geiser Evangelische Kirche in Mannheim, Koordinatorin Ökumenisches Projekt Flüchtlingspaten </p>	<p> Tatjana.Briamonte-Geiser@ekma.de </p>

Annette Brox
FrAG

Willi Brunen
Wohnbau Lörrach, Soziales Management

Willi.Brunen@wohnbau-loerrach.de

Carolyne da Silva Corrêa
Schülerin

correacar@hotmai.de

Lukas Damme
Forum Weingarten; Quartiersarbeit

qa@forum-weingarten.de

Johanna Dangel
Studentin, zusammen leben e.V., EA

johanna@zusammenessen.de

Sonja Decker
Koordinierungsgruppe HaWeifi, Projektleitung Patenschaftsprojekt, EA

deckersonja@googlemail.com

Marcel Dreyer
Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis, Stabsstelle Flüchtlingskoordination

m.dreyer@lrabk.de

Anna-Verena Ebner
Freiburg, Stadtpiraten Freiburg e.V.

anna-verena.ebner@stadtpiraten-fr.de

Christian Endres
Quartierbüro Schönau, Caritasverband Mannheim

qb-schoenau@caritas-mannheim.de

Jaqueline Fischbach
Diakonie, BEA Verfahrens- u. Sozialberatung

jaqueline.fischbach@bea-freiburg.de

Nikolaus Freiherr von Gayling
Gemeinderat Stadt Freiburg FDP

Friederike Funda-Ucheh
Jugendtreff Brühl-Beurbarung

friederike.funda-ucheh@jbb-freiburg.de

Christina Ganzelmann
Stadt Wangen

Christina.ganzelmann@wangen.de

Natascha Garvin
Landratsamt Konstanz, Integrationsbeauftragte

natascha.garvin@LRAKN.de

Eva Guggel
Studentin; EA in der Flüchtlingsarbeit

evaguggel@gmail.com

Ruth Geiger
Amt für Migration u. Integration

Ruth.Geiger@stadt.freiburg.de

Stefan Glimsche
Kinder- und Jugendzentrum Weingarten

jugi@diakonie-suedwest.de

Roman Goetten
Freiburg, JBB, QA Brühl-Beurbarung

roman.goetten@jbb-freiburg.de

Dieter Gohl Stadt Bruchsal, Sanierungsstelle	dieter.gohl@bruchsal.de
Katharina Gruber Bew.Ini. Metzgergrün, EA	katharina.m.gruber@t-online.de
Daphne Hadjiandreou-Boll Stadt Mannheim, Koordination Flüchtlingshilfe/Ehrenamt, kommunale Beratung und Flüchtlingsfonds der Stadt Mannheim	daphne.hadjiandreou-boll@mannheim.de
Katharina Hagel Stadt Villingen-Schwenningen, Jugendarbeit und BE	Katharina.Hagel@villingen-schwenningen.de
Sabine Hammes Stadtteilbüro Malstatt	sbm@quarternet.de
Michael Hartmann Flüchtlingsinitiative St. Georgen – Vauban, Koordination der ehrenamtlichen Hilfe	Michael.Hartmann@kath-geht.de
Barbara Hass Flüchtlingshilfe-Koordination Zähringen, EA	info@atelier-capri.de
Dr. Jan Hennig QB Landwasser EA	janhennig@gmxpro.de
Jurij Hermann Stadt Freiburg, Soz. Dienst für Flüchtlinge	jurij.hermann@stadt.freiburg.de
Kuno Höll LAG Wohnungsloser, LAK BW	hoell@mail.de
Sarah Höpf Stadtteilbüro Haslach, QA	sarah.hoepf@nachbarschaftswerk.de
Sandra Horn Diakonie Mannheim, GWA	sandra.horn@diakonie.ekiba.de
Karin Hub Stadt Rastatt, GWA Rheinau Nord	Karin.hub@rastatt.de
Ulrike Irion Zentrumsleitung, Caritas Region Schwarzwald-Alb-Donau	irion@caritas-schwarzwald-alb-donau.de
Marianne Kaiser Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V., Geschäftsführung und Projektleitung mach Grün!	Marianne.Kaiser@frauennetzwerk-sh.de
Simone Kegelmann Stadt Friedrichshafen, Amt f. Soziales	k.wagner@friedrichshafen.de
Johannes Kempin Gemeindereferent in St. Albert	kempin@se-freiburg-nordwest.de
Gabriel Kern Caritasverband Freiburg-Stadt e.V., Sozialdienst Flüchtlingsunterkunft	gabriel.kern@caritas-Freiburg.de

Prof.Dr. Sebastian Klus
Prof.Dr. DHBW

Almuth Klus
EA, Flüchtlingsunterkunft Kaiserstuhlstraße 12

almuth.klus@hotmail.de

Eva.Marie Knapp
Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit

eva.knapp@posteo.de

Doris Kölz
Landesarmutskonferenz Ba-Wü

landesarmutskonferenz.bw@googlemail.com

Annette Kraft
Studentin

annette10002@icloud.com

Prof.Dr. Michael Krummacher
EFH RWL Bochum

krummacher@arcor.de

Jan Kubis
Diakonie Flüchtlingsdienst gem. GmbH, Gemeinwesenarbeit und stv. Einrichtungsleitung

jan.kubis@diakonie.at

Nina Kuhn
FRAG

Ulrich Kuhn
Stiftung Liebenau, Leitung Stabsstelle Sozialpolitik

ulrich.kuhn@stiftung-liebenau.de

Gerald Lackenberger
LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW e.V.

gerald.lackenberger@nachbarschaftswerk.de

Annika Laggis
Südwind Freiburg

a.laggis@web.de

Michel Lahoud
Katholische Hochschulgemeinde, Fachstelle für internationale Studierende aus Krisengebieten

lahoud@khg-freiburg.de

Betty Lauck-Ndayi
Forum Weingarten e.V., EA

betty.lauck@gmx.de

Petra Leidinger-Weisang
Stadtteilbüro Malstatt

sbm@quarternet.de

Madeline Lesourd
BruderhausDiakonie, Fachdienst Jugend Bildung Migration

sabine.treyz@fjbm-bruderhausdiakonie.de

Utta Link
Diakonie Emmendingen, EA Koordination

link@diakonie-emmendingen.de

Claudius Loth
FLÜWO Bauen Wohnen eG

schnell@fluewo.de

Daniela Mauch
KIOSK Rieselfeld
|

daniela.mauch@rieselfeld.org

Andreas May
Stadt Lahr, GWA Lahr-West

andreas.may@lahr.de

Isabelle Meyer
Nachbarschaftswerk e.V., Quartiersarbeit Auggener Weg/Lindenwäldle

isabelle.meyer@nachbarschaftswerk.de

Karin Moczygamba
Abteilungsleiterin Familien und Bildung, Caritasverband Freiburg-Stadt e.V.

karin.moczygamba@caritas-freiburg.de

Anika Möller
Diakonie, Flüchtlingswohnheim

moeller@diakonie-freiburg.de

Walter Molsich
EA

molsich@yahoo.de

Veronika Mühlbauer
EH-Studentin

muehlbauer.veronika@web.de

Bettina Müller
Stadt Mannheim, FB Bildung, Integrationsmanagement

bettina.mueller@mannheim.de

Petra Müller-Stolz
Inova e.V. Projekte für Arbeit

sozialdienst@inova-ev.de

Dr. Silvia Nantcha
Gemeinderat Stadt Freiburg CDU

Dasir Nazary
EA Dolmetscher

Nadja Neufeld
Inova e.V. Projekte für Arbeit

sozialdienst@inova-ev.de

Carsten Noack
LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW e.V.

noack@emmertsgrund.de

Darcy Ohlsen
Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe

darcyohlsen@gmx.de

Mirjam Oliva
EH Freiburg, Studentin

mirjam.oliva@yahoo.de

Harald Pessentheiner
Haus der Begegnung Landwasser, Leitung

h.pessentheiner@hdb-freiburg.de

Melissa Petraný
Stadt Kehl, GWA Kreuzmatt, Praktikantin

s.studer@stadt-kehl.de

Michaela Pfeiffer
Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V., Flüchtlingsberatung/Projekt Mov'in - Wohnungen für Flüchtlinge und auszugsberechtigte Asylbewerber

pfeiffer-michaela@web.de

Karin Pinkus
Quartiersarbeit Vauban

pinkus@quartiersarbeit-vauban.de

Lisa Pohl Wohnbau Lörrach, Soziales Management	Lisa.Pohl@wohnbau-loerrach.de
Margot Queitsch Gemeinderat Stadt FreiburgSPD	
Kay Raasch Ehrenamtlicher	kay.raasch@kabelbw.de
Prof.Dr. Günter Rausch EH Freiburg	
Christine Redlingshöfer Stadtteil- u. Familienzentrum Albersbösch, Leitung	christine.redlingshoefer@offenburg.de
Antje Reinhard Freiburg, Amt für Migration und Integration	Antje.Reinhard@stadt.freiburg.de
Elisabeth Renkert DRK Kreisverband VS, Sozialdienst für Asylbewerber	Elisabeth.Renkert@drk-vs.de
Susanne Reuschl Stadtteilbüro Malstatt, Zukunftsarbeit Molschd	S.Reuschl@quarternet.de
Manuel Rogers Kath. Kirche Freiburg, Flüchtlingspastoral im Stadtteil	Manuel.rogers@kath-geht.de
Wolfgang Roth Freundeskreis Asyl Freiburg, EA	mail@wolfgang-roth.org
Johanna Roth Stabsstelle „Hilfen für Flüchtlinge, Koordination Ehrenamt“, Caritasverband Mannheim	stabsstelle-fluechtlinge@caritas-mannheim.de
Prof.Dr. Klaus-Dieter Rückauer Gemeinderat Stadt Freiburg FFL	
Bahar Sanli NBH Urbanstraße, Berlin	sanli@lb.eh-berlin.de
Dr. Iris Sardarabady IBZ Karlsruhe	info@ibz-karlsruhe.de
Roland Saurer Landesarmutskonferenz Ba-Wü	saurerroland@gmail.com
Lisa Savastano Caritasverband Zollern e.V.	sekretariat@caritas-hechingen.de
Ursula Schmid-Berghammer Diak. Bezirksstelle Biberach, EA-Koordination	schmid-berghammer@diakonie-biberach.de
Lothar Schneider	lothar.schneider@stbschneider.de
Barbara Schramkowski Professorin für Soziale Arbeit, DHBW-VS	schramkowski@dhw-vs.de

Sandra Schuh Caritas FR, BEA Verfahrens- u. Sozialberatung	sandra.schuh@bea-freiburg.de
Martina Schütz Stadt Stuttgart, GWA Stadtteil-u.Fam.Zentrum Stöckach	martina.schuetz@stuttgart.de
Ariane Schwickert Leitung Team Gemeinwesenarbeit, Pro Senectute Kanton Zürich, Dienstleistungszentrum Winterthur & Umgebung/Weinland	ariane.schwickert@zh.pro-senectute.ch
Rolf Seltenreich LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW e.V.	rolf.seltenreich@gmx.de
Margit Sigel LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW e.V.	sigel@wohnstaetten-sindelfingen.de
Gabi Silberborth LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW e.V.	awo-fzost-silberborth@t-online.de
Konstantinos Sioutis Diakonie Mannheim QM	sioutis@diakonie-mannheim.de
Hans Steiner Freiburg, Amt für Migration und Integration	Hans.Steiner@stadt.freiburg.de
Matthias Stickl Stadt Rastatt, GWA Bahnhof-Industrie	matthias.stickl@rastatt.de
Frank Stocker ASS, Straßensozialarbeit	frank.stocker@stadt.freiburg.de
Gert Suchanka DRK KV EM	suchanka@drk-emmendingen.de
Csilla Szasz Malteser Hilfsdienst e.V. Freiburg, Ehrenamtskoordinatorin Flüchtlingshilfe	csilla.szasz@malteser.org
Prof.Dr. Irmgard Teske HS Ravensburg-Weingarten	teske@hs-weingarten.de
Prof.Dr. Anja Teubert DHBW-VS	teubert@dhbw-vs.de
Jessica Thon Leitung Zähringer Treff, Caritasverband Freiburg-Stadt e.V.	zaehringer-treff@caritas-freiburg.de
Antonia Musacchio Torzilli WIRKstatt St. Georgen, Leiterin Bürger- und Familienzentrum	wirkstatt.st-georgen@freenet.de
Christine Trautwein SST Brühl-Beurbarung	christine.trautwein@versanet.de
Ventsislava Traykova Freiburg, Amt für Migration und Integration	Ventsislava.Traykova@stadt.freiburg.de

Sabine Treyz sabine.treyz@fjbm-bruderhausdiakonie.de
BruderhausDiakonie, Fachdienst Jugend Bildung Migration

Elke Vienken
LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW e.V.

Cathrin von Essen CvE@oberle-stiftung.de
Wilhelm-Oberle-Stiftung, Vorstand

Lisa von Wächter L.VonWaechter@landkreis-emmendingen.de
LRA Emmendingen, Sozialbetreuung f. Flüchtlinge

Daniela Wagner Daniela.Wagner@stadt.freiburg.de
Stadt Freiburg, Bildungsmonitoring & Qualitätssicherung

Rudi Wagner rudiwagner67@orange.fr
Rentner

Tobias Walz t.walz@ewb-es.de
Esslinger Wohnungsbau GmbH, Soziales Management; Azubi

Boris Weibel b2u@vtxmail.ch
Verein für urbane Bewegung

Christel Werb werb@forum-weingarten.de
Forum Weingarten; Quartiersarbeit

Jeanette Wern stadtteilbuero.eglosheim@gmx.de
STADT LUDWIGSBURG, Stadtteilbüro und Stadtteilzentrum Eglosheim

Rita Werum-Wessolek Rita.Werum-Wessolek@nachbarschaftswerk.de
Nachbarschaftswerk Freiburg

Hannes Wezel hannes.wezel@stm.bwl.de
Staatsministerium BW, Büro der Staatsrätin

Katharina Winterhalder k.winterhalder@ludwigsburg.de
STADT LUDWIGSBURG, FACHBEREICH BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND SOZIALES Team
Flüchtlingsarbeit

Pascal Woitschitsky s.studer@stadt-kehl.de
Stadt Kehl, GWA Kreuzmatt, Praktikant

Annika Wolf annika_wolf@t-online.de
KH Freiburg, Studentin

Engin Yologlu engin.yologlu@mannheim.de
Stadt Mannheim, SGL Flüchtlingsberatung u. Koordination

Rainer Zingler Rainer.Zingler@mannheim.de
LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit BW e.V.

Das Profil der LAG

- Netzwerk:** Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V. ist ein selbstorganisiertes und -finanziertes Netzwerk von rund 400 Professionellen aus
- Stadtteileinrichtungen, -projekten und -vereinen
 - Wohlfahrtsverbänden
 - Wissenschaft und Forschung
 - Öffentlichen Verwaltungen
 - Kommunal- und Landespolitik
 - Wohnungsgesellschaften und Sanierungsträgern
 - Kommunal-, Berufs- und Fachverbänden
 - Sozial engagierten Unternehmen
- Ziel:** Förderung einer integrierten, nachhaltigen sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung, insbesondere in Stadtvierteln/-quartieren mit besonderem Handlungsbedarf („überforderte Nachbarschaften“) durch
- Vernetzung von Akteuren der Sozialen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
 - Entwicklung und Umsetzung fachpolitischer Positionen zur sozialen Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
 - Förderung partizipativer Strukturen und Prozesse der Stadt(teil)entwicklung
- Aktivitäten:** Öffentliche Netzwerk-Treffen als Bildungsveranstaltungen:
- 1.) 24.06.2004, Pforzheim: Bausteine der Gemeinwesenarbeit für eine soziale Stadt
 - 2.) 22.04.2005, Mannheim: Hochschulen und Stadtteilprojekte im Dialog
 - 3.) 02.12.2005, Heidelberg: Finanzierung von Stadtteilprojekten - Praxiserprobte Lösungen
 - 4.) 30.06.2006, Karlsruhe: Zusammenarbeit im Stadtteil organisieren - mit und ohne Geld!
 - 5.) 22.06.2007, Esslingen: Strategien der Verstetigung sozialer Stadtteilentwicklung in Baden-Württemberg
 - 6.) 26.09.2008, Freiburg: Zukunftsweisende Strategien zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum
 - 7.) 23.10.2009, Stuttgart: Gesundheitsförderung im Sozialraum - Gesunde Lebenswelten schaffen
 - 8.) 22.10.2010, Pforzheim: Soziale Stadtentwicklung in Zeiten der Finanzkrise -oder „Den letzten beißen die Hunde“
 - 9.) 02.12.2011, Bruchsal: Die Zukunft der Sozialen Stadt in Baden-Württemberg -Bündnis für eine Soziale Stadt
 - 10.) 15.03.2013, Heidelberg: Bürgerbeteiligung in der Integrierten Stadtteilentwicklung in Baden-Württemberg
 - 11.) 18.07.2014 Mannheim; Integrative Entwicklung und demographischer Wandel - Älter werden im Quartier
 - 12.) 13.11.2015, Bruchsal: Nutzen und Mehrwert von Gemeinwesenarbeit Soziale Projekte - was bringt´s der Kommune?

Bisherige Referentinnen und Referenten u.a.:

- Antes, Wolfgang
Geschäftsführer Jugendstiftung Baden-Württemberg
- Ayrlé, Hartmut, Prof. Dr.-Ing.
Leiter Stadtplanungsamt, Stadt Bruchsal
- Bitzan, Maria, Prof. Dr.
Hochschule Esslingen
- Böhme, Christa
Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
- Casper, Udo
Deutscher Mieterbund, LV Baden-Württemberg e.V.
- Elsässer, Marion
Quartiersarbeit Eichholz Sindelfingen, Stadtjugendring Sindelfingen e.V.
- Enkler, Claus
Ministerium für Integration Baden-Württemberg,
Abteilungsleiter Grundsatzfragen der Integration
- Früba, Stefan
Hochschule Fulda und Diakonie Haselberg, München
- Graf, Nicole
Regierungsdirektorin, Bundesministerium f. Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung, Berlin
- Greiffenhagen, Sylvia, Prof. Dr.
Evangelische Fachhochschule Nürnberg, IfSS Stuttgart /Nürnberg
- Grüßinger, Wilfried
Jugendhaus Oststadt, Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe
- Gohl, Dieter
Stadt Bruchsal, Stadtplanungsamt, Sanierungsstelle, Bruchsal
- Häsler, Dr. Susanne
LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH, Stuttgart
- Hahn, Joachim
Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg
- Haselberger, Helma / Manz, Elke / Schmidt, Jochen
Mietshäuser Syndikat GmbH, Freiburg
- Henes, Matthias und Schwaller, Michael
GBG Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH
- Kleiber, Stefan
Direktor SEB Bank, Distrikt Rhein-Neckar
- Klus, Sebastian
Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschrecht - WIM“, Freiburg
- Knoth Andreas / Baier Christian,
SOCIOUS Organisationsberatung gGmbH Berlin
- König, Ralph
Finanz- und Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Krogull-Raub, Richard
Nachbarschaftswerk e.V., Beschäftigteninitiative, BIWAQ „TuWAS in HaWei“,
Freiburg
- Kübach, Fürüzan
Integrationsbeauftragte der Stadt Bruchsal, Bruchsal
- Lüttringhaus, Maria, Dr.
Fortbildung/Organisationsberatung/Projektbegleitung, Essen
- Marinic, Jagoda
Interkulturelles Zentrum i.G. Heidelberg

- Meyberg, Eckart, Dr.
Ministerialrat im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Möhrke, Stefan
GBG - Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH, Mannheim
- Noack, Carsten
Stadtteilmanagement Emmertsgrund TES e.V. Emmertsgrund, Heidelberg
- Petermann, Gerhard
Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH
- Petzold-Schick, Cornelia
Oberbürgermeisterin Stadt Bruchsal, Bruchsal
- Rausch, Günter, Prof. Dr.
Evangelische Hochschule Freiburg
- Rexhäuser, Sonja
Fachstelle Wohnungssicherung, Stadt Karlsruhe
- Rhode, Marcus
Team Gesundheit Essen – Gesellschaft für Gesundheitsmanagement mbH, Essen
- Rousta, Daniel
Ministerialdirektor im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Stuttgart
- Schaumburg, Renate
Beauftragte für Senioren und Bürgerschaftliches Engagement, Stadt Esslingen
- Scheuermann, Michael
Geschäftsführer Gemeinschaftszentrum Jungbusch, Mannheim
- Schmettow, Petra / Beck, Sylvia
Stadt Esslingen / Mehrgenerationen- & Bürgerhaus Pliensauvorstadt
- Schmidt, Peter
AWO Karlsruhe
- Steen, Rainer
Gesundheitsamt Rhein-Neckar, Heidelberg
- Steffen, Gabriele
Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, Berlin/Stuttgart
- Segmiller, Gerhard
Lt. Ministerialrat, Ministerium f. Arbeit u. Sozialordnung, Familien, Frauen u. Senioren, Stuttgart
- Then Volker, Dr.
CSI Universität Heidelberg, Heidelberg
- Wezel, Hannes
Referent im Stab der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Staatsministerium Baden-Württemberg
- Zeilfelder Henrike
Chance Bürgerservice, Mannheim

und weitere Persönlichkeiten.

Bisherige Unterstützer der Netzwerktreffen:

- Fachhochschule SRH Heidelberg
- Hochschule Esslingen
- Evangelische Hochschule Freiburg
- Landesgesundheitsamt Stuttgart
- AWO Nordschwarzwald, Pforzheim
- Stadt Bruchsal
- Stadt Esslingen
- Stadt Heidelberg
- Stadt Karlsruhe
- Stadt Mannheim
- Rolf Seltenreich, ehem. MdL
- GBG – Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH
- Graeff Container- und Hallenbauten GmbH, Mannheim

Träger: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V.

Vorsitzende: Gerald Lackenberger, Nachbarschaftswerk e.V., Freiburg
Gabi Silberborth, AWO Nordschwarzwald, Pforzheim

Finanzen: Margit Sigel, Wohnstätten Sindelfingen, Sindelfingen

Beisitzer: Jörg Ackermann, Stadtverwaltung Mannheim
Carsten Noack, TES e.V. / Stadtteilmanagement Emmertsgrund, HD
Albrecht Keller, LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH, Stuttgart

Kontakt: LAG Soziale Stadtentwicklung BW e.V.
c/o Stadtteilbüro Haslach
Nachbarschaftswerk e.V.
Gerald Lackenberger
Melanchtonweg 9b
79115 Freiburg
Tel.: 0761 7679005
E-Mail: gerald.lackenberger@nachbarschaftswerk.de

Internet: www.lag-sozialestadtentwicklung-bw.de

Konto:

IBAN DE79 6009 0700 0571 0360 07
BIC: SWBSE333
Südwestbank

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den Verein „Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V.“

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und
Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V.

c/o

Wohnstätten Sindelfingen GmbH

z.Hd. Margit Sigel

Bahnhofstraße 9, 71063 Sindelfingen

Tel.: 07031 / 6109 58

Fax: 07031 / 6109 758

E-Mail: sigel@wohnstaetten-sindelfingen.de

www.lag-sozialestadtentwicklung-bw.de

Kontaktdaten: Institution:

Name, Vorname:

Anschrift:

Telefon:

E-Mail:

Status: Ich bin / wir sind:

- Privatperson (Beitrag 20 € pro Jahr)
- Regionales Netzwerk / Arbeitsgemeinschaft (Beitrag 60 € pro Jahr)
- Juristische Person (Beitrag 100 € pro Jahr)

Beitrag: Ich werde / Wir werden den Beitrag für das jeweilige Mitgliedsjahr jährlich bis zum 31. Januar auf das unten genannte Konto der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg überweisen.

Bankverbindung: IBAN DE79 6009 0700 0571 0360 07 BIC: SWBSE333 Südwestbank

Ort & Datum:

Unterschrift: